

Internationale Freigeistige Rundschau 4/2008

Vereinte Nationen

I (3868) **New York.** Ein Beschluss der Vereinten Nationen, der auf einer bereits am 28. März 2008 von islamischen Staaten eingebrachten Resolution beruht, will die Herabsetzung von Religionen oder religiösen Symbolen ächten. Die nun verabschiedete Fassung fordert, dass Verunglimpfungen auf diesem Gebiet unterbleiben müssen. Katholische Medien wollten glauben machen, es gehe darum, dass „vor allem der Islam nicht einfach mit Menschenrechtsverletzungen und Terrorismus gleichgesetzt werden“ dürfe und fährt fort: „Damit will die UNO-Vollversammlung Fremdenhass und Intoleranz gegen Minderheiten und Migranten abbauen helfen.“

Tatsächlich wird dies aber kein vernünftiger Mensch tun. Wohl aber wird nun auch die sachliche Religionskritik geächtet. Der Resolution stimmten 85 Nationen zu, 50 lehnten sie ab, 42 Nationen enthielten sich ihrer Stimme. Unter den Resolutionsgegnern finden sich vor allem westliche Staaten, die den Beschluss als Versuch betrachten, die Meinungsfreiheit einzuschränken. Der Vatikan unterstützte hingegen den Beschlusstext. (apic, 25.11.08)

I (3869) **Vatikanstadt/New York.** Zu Protesten nicht nur bei Homosexuellen-Verbänden führte die Weigerung von Vatikan-Erzbischof Migliore, eine Erweiterung der UNO-Menschenrechtserklärung mitzutragen. Frankreich will im Namen der EU durchsetzen, dass der Text, der vor sechzig Jahren verabschiedet wurde, künftig auch die Diskriminierung von Homosexuellen verbietet. Keine gute Idee, meint dazu Migliore, der den Vatikan in New York bei der UNO vertritt.

Natürlich müsse jede "ungerechte" (!) Diskriminierung von Homosexuellen vermieden werden. Das stehe so auch im katholischen Weltkatechismus.

"Aber" - so der Vatikan-Diplomat weiter - "das ist hier gar nicht die Frage." Und er fuhr wörtlich fort: "Hier gibt es jetzt eine Erklärung, die politischen Wert hat und von einer Reihe Staaten unterzeichnet ist. Sie fordert die Staaten und die internationalen Organisationen, die Menschenrechte umsetzen und kontrollieren, dazu auf, neue Kategorien hinzuzufügen, die vor Diskriminierung zu schützen sind. Dabei wird aber nicht berücksichtigt, dass sie im Fall von Adoptionen neue und furchtbare Diskriminierungen schaffen." Hinter dieser Bemerkung steht das kirchliche Nein zur Adoption von Kindern durch zwei Partner des gleichen Geschlechts.

Der frühere französische Kulturminister Jack Lang bekräftigte in einem Interview, die geplanten Änderungen an der UNO-Menschenrechtserklärung zielten vor allem auf islamische Staaten. "Es ist schade, dass der Vatikan denselben Weg einschlägt wie diese Länder." Die Haltung des Heiligen Stuhls sei "archaisch", er sei "in den Händen von Reaktionären und Konservativen, die ihre Macht behalten wollen". Die öffentliche Meinung in Frankreich werde auf die vatikanische Position "bestenfalls mit Gleichgültigkeit reagieren - und schlimmstenfalls mit Ironie und Sarkasmus".

Auch in der italienischen Tageszeitung "La Repubblica" schlugen die Wellen hoch: Ein Politiker der Opposition erklärte, er warte immer noch "auf ein Mea Culpa für die Scheiterhaufen des Mittelalters" und stattdessen fahre der heilige Stuhl mit dieser Politik fort, während ein Abgeordneter von Silvio Berlusconi's Regierungspartei den Vatikan mit dem Argument verteidigt: "Wer will denn ausschließen, dass künftig die Gegner von "Homo-Ehen" vor Gericht gestellt oder persönlich angegriffen werden?" Hinter den Erzbischof stellte sich auch der christdemokratische Politiker Rocco

Buttiglione, dessen Berufung zum EU-Kommissar vor einigen Jahren wegen seiner erzkonservativen Haltung gescheitert war: Die Kirche wende sich doch nur "gegen die Initiative einiger europäischer Staaten oder vielleicht auch der Brüsseler Bürokratie, für Homosexuelle einen Sonderstatus zu schaffen". Der Sprecher des Papstes versuchte abzuwehren mit dem Hinweis, im Vatikan "will doch keiner die Todesstrafe für Homosexuelle verteidigen", unterschlug aber, dass genau dies das Ziel nicht nur von islamischen, sondern auch von christlichen Fanatikern ist, die der Vatikan nun im Ergebnis unterstützt. (*La Repubblica*, 29.11.08; *Radio Vatikan*, 2.12.08)

I (3870) **New York**. Am Welttag der Behinderten sorgte der Vatikan für einen erneuten Eklat, nachdem er direkt zuvor einen Vorschlag Frankreichs abgelehnt hatte, das im Namen aller EU-Mitglieder bei der UNO die weltweite Aufhebung der Strafbarkeit der Homosexualität anstrebt (siehe vorige Meldung).

Nun will der Heilige Stuhl die Behindertenkonvention der Vereinten Nationen nicht ratifizieren, weil das Dokument kein ausdrückliches Verbot von Abtreibungen enthält. Die Konvention wurde bereits Ende 2006 von der Vollversammlung angenommen und von zahlreichen Ländern ratifiziert.

Kritisiert wurden die Artikel 23 und 25 der Konvention. Im Artikel 23 werden die Rechte der Behinderten "auf Familienplanung und auf Sexualunterricht" hervorgehoben. Mit Artikel 25 soll das Recht der Behinderten auf Zugang zu allen gesundheitlichen Dienstleistungen garantiert werden, "einschließlich jener, die die sexuelle Gesundheit betreffen". Der Vatikan kritisiert vor allem den Ausdruck "sexuelle Gesundheit", weil in einigen Ländern darunter die Abtreibung verstanden werde. Es sei tragisch, dass Missbildungen des Fötus als hinreichender Grund für eine Abtreibung betrachtet werde, ließ der Vatikan verlauten. Eine Behindertenkonvention, die diesen Namen verdiene, müsse sich auf den Schutz der Behinderten vor Diskriminierungen beschränken, kommentierte der Vatikan, ignorierte aber, dass genau seine Einschränkungen von vielen Behinderten als Diskriminierung betrachtet werden.

Die Position des Vatikans sorgte für heftige Kritik nicht nur in Italien, weil der Vatikan die Menschenrechtskonventionen nur dann anerkenne, wenn sie hundertprozentig mit seiner Auslegung übereinstimmen. (*ansa*, italienische Nachrichtenagentur, 3.12.08)

Europa

Deutschland

I (3871) **München**. An der traditionell engen Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Bayern und den großen Kirchen wird sich auch unter der neuen Koalitionsregierung von CSU und FDP nichts ändern. Davon ist der frühere bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) überzeugt. "Die bayerische FDP hat sich hier der sehr viel stärkeren CSU gefügt", sagte der evangelische Politiker der in Würzburg erscheinenden katholischen Zeitung "Die Tagespost". So sei es gelungen, ein Bekenntnis zu den christlichen Symbolen in den Koalitionsvertrag aufzunehmen. Außerdem werde die Privatschulförderung erhöht: "Das ist gerade für kirchliche Schulen wichtig."

Bei der Wahl hatte die CSU bei den Katholiken insgesamt von 66 auf 49 Prozent abgenommen, bei den kirchentreuen allerdings nur von 76 auf 69 Prozent. Im neuen Kabinett sind neben Seehofer acht Minister katholisch, zwei evangelisch und einer, der Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch, konfessionslos. Seehofer gilt jedoch nicht nur im Privatleben als Pragmatiker, der sich weniger konsequent an christlichen Positionen orientiert als sein Vorgänger Beckstein, der Pietist und auch Mitglied der evangelischen Landessynode ist. Von den 12,5 Millionen Einwohnern Bayerns sind 54 Prozent katholisch und 21 Prozent evangelisch. (*Tagespost*, 28.10.08; *idea*, 28.10. u. 6.11.08)

Anm. MIZ-Red.: Die 22 Prozent Konfessionslosen haben nicht nur die CSU, sondern auch die SPD abgestraft, die hier nur 19 Prozent erhielt (bei den Katholiken 16 und bei den Protestanten 23). Die Linke ist hingegen eindeutiger Nutznießer: Während sie bei Katholiken und Protestanten nur 3 bzw. 5 Prozent erhielt, waren es bei den Kirchenfreien immerhin acht. Auch Grüne und FDP wurden von Konfessionsfreien überproportional gewählt, während die Freien Wähler besonders bei Katholiken stark punktetten; denen 62 % ihrer Wähler angehören. (Mitteilung der Forschungsgruppe Wahlen, Anfang Oktober 2008; *Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung der Erzdiözese Bamberg, 5.10.08; *Radio Vatikan*, 30.9.08)

I (3872) **Berlin/Hannover**. Die heuer ungewöhnlich rasche Veröffentlichung der statistischen Daten der beiden großen Kirchen für das Vorjahr führte zu einer kleinen Überraschung. Damit war nicht die Schrumpfung der Katholiken um 224.000 und der Protestanten um 268.000 auf nunmehr (offiziell) 31,0 bzw. 30,2 Prozent der Bevölkerung gemeint, denn der Abwärtstrend lag mit minus 0,2 bzw. 0,3 % exakt im langjährigen Trend. Auch die Zunahme der Kirchenaustritte um jeweils rund 10.000 auf 93.000 (kath.) bzw. 131.000 bei gleichzeitig geringfügig schrumpfender Eintrittszahl auf 15.000 bzw. 39.000 stellt allenfalls eine Rückkehr zur Normalität dar. Stattdessen verfestigte sich der Trend, dass die Kirchen immer mehr Mitglieder infolge Überalterung verlieren und entsprechend auch die Gottesdienstbesuchsquote sinkt.

Die eigentliche Überraschung: Die Zahl der doppelt registrierten Katholiken ist weit größer als bisher angenommen. Die Diözese Augsburg stellte nämlich ihre Zählung von der Erhebung durch die örtlichen Pfarreien (die auch Katholiken mit Zweitwohnsitz erfassten) auf die amtlichen Meldedaten um – und siehe da: Neben dem tatsächlichen Jahresverlust von 10.000 Personen musste das Bistum weitere 71.000 doppelt Gezählte streichen; das waren genau 5 Prozent! Von der offiziellen Katholikenzahl für die Gesamt-BRD sind demnach wenigstens drei (statt bisher 1,3) Prozent abzuziehen, was den Katholikenanteil um einen Prozentpunkt mindert. Das bedeutet: Zum Ende des Jahres 2008 haben beide Kirchen real erstmals einen Mitgliederanteil von unter 30 Prozent der Bevölkerung. (*Süddeutsche Zeitung*, 13.10. u. 18.11.08; statistische Quelle: www.dbk.de bzw. www.ekd.de/themen/statistik)
Inzwischen kam noch eine Hiobsbotschaft hinzu: Erstmals kann die katholische Kirche in Deutschland insgesamt weniger als 100 Neupriester weihen, was bei jährlich 350 Ruhestandsversetzungen innerhalb des Klerikerstands zu einem noch rascheren Schwund als beim Kirchenvolk führt. (*Radio Vatikan*, 26.11.08)

I (3873) **Freiburg**. Der 39-jährige Priester Frank B. musste sich auf Grund von 101 Straftaten vor dem Gericht in Freiburg verantworten. Das Strafregister des Geistlichen ist vielseitig: Neben den Vorwürfen der Nötigung, Körperverletzung und des Betruges soll der Geistliche unter anderem mehr als 130.000 Euro seiner Gemeinde veruntreut haben.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hat der Priester zudem vier weitere Personen um hohe Geldsummen betrogen. In der auf sieben Verhandlungstage angesetzten Verhandlung wurden insgesamt 21 Zeugen und Zeuginnen befragt.

Der Priester befindet sich laut Medienberichten momentan in psychotherapeutischer Behandlung. Nach dem Prozess wolle er auf die Kirche zugehen und über seinen weiteren Einsatz sprechen, so der Angeklagte. (*Badische Zeitung*, 30.9.08; *Welt Online*, 30.9.08; *heute.de*, 29.9.08; *Spiegel online*, 29.9.08)

Um so erstaunlicher fiel dann das milde Urteil aus: Das Freiburger Landgericht verurteilte den Priester zu einer Bewährungsstrafe von 20 Monaten. Es befand den Geistlichen des Betruges in elf Fällen und der Körperverletzung in vier Fällen für schuldig. Er habe über Jahre hinweg mehrere Frauen und die Erzdiözese Freiburg um mehr als 200.000 Euro betrogen und die Hauptgeschädigte mehrfach geschlagen. Von dem Geld kaufte der 39-jährige u.a. Fahrzeuge, Möbel und Kleidung. Der Angeklagte legte ein Geständnis ab und verpflichtete sich, der Hauptgeschädigten und Nebenklägerin 70.000 Euro zu zahlen. Das Erzbistum Freiburg reagierte mit einer Erklärung auf das Urteil. Darin räumt es "Versäumnisse im Umgang mit dem Priester" ein. Der Mann habe die "in guter Absicht gewährte Unterstützung" missbraucht. Das Erzbistum verstehe "die Fassungslosigkeit, die das Geschehene bei vielen Menschen ausgelöst hat". Fassungslosigkeit löste die Milde jedoch auch bei vielen Bürgern aus, die nun an der Gleichbehandlung der Justiz gegenüber Klerikern noch mehr zweifeln als zuvor. (*KNA*, 17.10.08; Pressemitteilung der Diözese Freiburg, 17.10.08)

I (3874) **Frankfurt**. Der als Rektor der katholischen Universität Eichstätt vorgesehene Theologe Ulrich Hemel regte in einem Interview an, die Hochschule doch gleich als päpstliche Einrichtung unter direkter päpstlicher Aufsicht und mit ausschließlich kirchlicher Finanzierung zu führen. Wie leicht dies zu realisieren wäre, zeigte nun die Deutsche Bischofskonferenz. (*Die Zeit*, 28.8.08)

Sie gründet ein neues Institut für Weltkirche und Mission an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt. Das teilte die Bischofskonferenz am Mittwoch in Bonn mit. Angekündigtes Gründungsdatum ist der 29. Juni 2009. Zum Gründungsdirektor und ersten Lehrstuhlinhaber hätten die Hochschulgremien bereits einen 48-jährigen Moraltheologen und Sozialethiker gewählt, der auch als Priester der Diözese Münster wirkt. (*KNA*, 26.11.08)

Warum es dennoch nicht so schnell zu einer Umwandlung in Eichstätt kommt, liegt auf der Hand: Das Geld aufzubringen ist für die Kirche kein Problem, aber es ist halt so bequem, wenn der Staat 85 Prozent der Kosten übernimmt.

Dies muss er nun allerdings noch in einem anderen Fall. Der Streit zwischen der Katholischen Universität Eichstätt und ihrem suspendierten Kanzler ist nämlich mit einem außergerichtlichen Vergleich beendet worden. Gottfried von der Heydte wird nicht in sein Amt zurückkehren, behält aber bis zu seinem Vorruhestand im Jahr 2013 seine Bezüge. Er akzeptiert einen Verweis als Disziplinarmaßnahme in dem gegen ihn eingeleiteten Verfahren und wird die Uni - mit Ausnahme der Bibliothek - nicht mehr betreten. Von der Heydte war im Juni wegen des "begründeten Verdachts von Dienstvergehen" von seinen Aufgaben entbunden worden. Dagegen hatte von der Heydte vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht München geklagt. Ihm war nicht persönliche Bereicherung, sondern der willkürliche Umgang mit Studienbeiträgen vorgeworfen worden. Diesen Kompromiss handelte die Kirche aus, die den unbequem Gewordenen loswerden wollte. Aber die Bezüge zahlt zum größten Teil der Steuerzahler - auch der konfessionslose. (*Bayerischer Rundfunk*, Kirchenfunk, 21.11.08; *KNA*, 21.11.08)

I (3875) **Berlin**. Die deutschen Standesbeamten sind irritiert über die Behandlung der Religionszugehörigkeit im neuen Personenstandsrecht. Religionen wie etwa der Islam werden ab 2009 etwa bei der Ausstellung von Urkunden anlässlich Geburt, Tod oder Eheschließung nicht mehr berücksichtigt. Nur noch Religionsgemeinschaften werden eingetragen, die auch Körperschaften öffentlichen Rechts sind, nicht aber Weltanschauungsgemeinschaften mit gleichem Status. Diese Ungleichbehandlung werde bei den betroffenen Bürgern "wohl kaum auf Verständnis stoßen", so der Bundesverband der Deutschen Standesbeamten (BDS). Noch weiter ging der Fachverband der bayerischen Standesbeamten: Religion gehöre überhaupt nicht in das Personenstandsregister hinein. Schließlich werde in keinem Land, "außer vielleicht dem Iran oder Israel", die Religionszugehörigkeit in zivilrechtliche Urkunden eingetragen. Insofern sei die deutsche Regelung ein Anachronismus. (KNA, 29.11.08)

I (3876) **Berlin**. Der Petitionsausschuss des Bundestags hat einen Runden Tisch zur Heimerziehung in der Nachkriegszeit vorgeschlagen, in dem das vor allem in kirchlichen Heimen begangene Unrecht aufgearbeitet werden kann. Die katholische Kirche machte dazu gute Miene und unterstützte den Plan - freilich unter der Bedingung, dass sie in dem Gremium "angemessen" vertreten sei. Der Runde Tisch soll bis Ende 2010 die Heimerziehung in Deutschland zwischen 1949 bis 1970 aufarbeiten und Unrecht klären. Die Pressesprecherin des Deutschen Caritasverbandes räumte ein, dass in kirchlichen Heimen Kindern und Jugendlichen in der fraglichen Zeit Unrecht und schweres Leid widerfahren seien. Jeder Fall von Demütigung und Misshandlung sei ein Fall zuviel. Die von den Grünen geforderte Einrichtung eines Entschädigungsfonds lehnte sie jedoch ab. Die Verantwortung der Kirchen spielte sie mit der Behauptung herunter, die bekannt gewordenen Übergriffe seien "Verfehlungen Einzelner und nicht charakteristisch für kirchliche Heime". Wieweit ehemalige Heimkinder für damals geleistete Arbeit Rentenansprüche erworben haben, müssten die Versicherungsträger entscheiden. - Vertreter ehemaliger Heimkinder hatten kurz zuvor ihre Forderungen nach finanzieller Entschädigung für erlittene "Menschenrechtsverletzungen" (Die Anführungszeichen stammen von der KNA, Anm. MIZ-Red.) bekräftigt. Viele von ihnen fordern auch eine Entschuldigung. Auslöser der Debatte war ein 2006 erschienenes Buch des *Spiegel*-Autors Peter Wensierski mit dem Titel "Schläge im Namen des Herrn". Nach seinen Angaben sind bis Mitte der 60er Jahre in kirchlichen Heimen Hunderttausende Kinder und Jugendliche schikaniert worden. Ältere Jugendliche hätten für minimale Löhne arbeiten müssen und seien nicht sozialversichert gewesen. Die ebenfalls betroffene evangelische Kirche äußerte sich offiziell nicht. (Mitteilung der Pressestelle des Bundestags vom 27.11.08; KNA, 29.11.08)

I (3877) **Straßburg**. Gegen die Kirchenaustrittsgebühr in Nordrhein-Westfalen hat ein Kölner Bürger eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eingereicht. Das teilte der *Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA)* am Dienstag in Hagen mit. Der Kirchenaustritt muss bei einer staatlichen Behörde erklärt werden, je nach Bundesland bei Amtsgerichten oder Standesämtern. Seit 2006 erhebt Nordrhein-Westfalen dafür eine Gebühr von 30 Euro. Im August war der Kölner Fabrice Witzke vor dem Bundesverfassungsgericht mit einer Beschwerde gegen diese Regelung gescheitert. Die Richter bezeichneten die Belastung als "dem Grunde nach zumutbar". Die Gebühr verstoße nicht gegen die im Grundgesetz verankerte Glaubens- und Gewissensfreiheit. Sowohl Witzke als

auch der IBKA finden die Begründung der Richter nicht überzeugend. "Die Religionsfreiheit bedeutet für mich auch: frei von Religion sein zu dürfen. Ohne dafür schikaniert zu werden oder zu bezahlen", so der Kölner. Mit der Beschwerde will er feststellen lassen, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Europäische Menschenrechtskonvention verletzt. Zudem fordert Witzke die Austrittsgebühr nebst Zinsen sowie sämtliche Kosten der juristischen Auseinandersetzungen zurück. (*idea*, 3.12.08)

Griechenland

I (3878) **Athen**. Die konservative Regierung denkt über eine staatliche Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften nach. Damit hat sie eine heftige Debatte im mehrheitlich orthodoxen Griechenland losgetreten. Ursprünglich wollte der Justizminister einfach ein seit 20 Jahren nicht mehr geändertes Familiengesetz modernisieren. Doch die Debatte hat sich sofort auf den Streit um die so genannte "Homo-Ehe" verlagert. Viele orthodoxe Bischöfe warnen eindringlich davor; aus dem Kulturministerium hingegen kommt Zustimmung. (*Agence France Presse = afp*, 8.4.08)

I (3879) **Athen**. Die orthodoxe Kirche im Land hat mit den Behörden vereinbart, dass nur nicht-orthodoxe Schüler vom Religionsunterricht befreit werden können. Eine Gesetzesinitiative der griechischen Regierung hatte ursprünglich vorgesehen, allen Schülern die Möglichkeit zu geben, dem Religionsunterricht fernzubleiben. Die griechisch-orthodoxen Bischöfe hatten daraufhin erklärt, ein solches Gesetz verstoße gegen die Verfassung. (*ansa*, 28.8.08)

I (3880) **Athos**. Immobiliengeschäfte einer Abtei vom Heiligen Berg Athos sorgen für Aufregung in der orthodoxen Kirche und für Empörung im politischen Leben Griechenlands und Zyperns. Die Abtei Vatopedi hat den Staat um mehrere Millionen Euro geschädigt. Der Marineminister, dessen Familie die umstrittenen Transaktionen durchgeführt hatte, musste inzwischen zurücktreten; in der Mönchsrepublik trat das Klosterparlament zu einer Sondersitzung zusammen. Dies geschieht nur äußerst selten in der über 1000-jährigen Geschichte orthodoxer Mönche auf dem Berg Athos. Auf Zypern distanzieren sich Minister und sogar Erzbischof Chrysostomos von dem zyprischen Abt der Vatopedi-Abtei, Pater Ephraim. Dieser rechtfertigte sich jetzt mit der Notwendigkeit, in seinem Kloster täglich an die 800 Mönche, Pilger und Arbeiter zu verköstigen. Die Gebäude von Vatopedi erstreckten sich über 35.000 Quadratmeter und lägen zur Hälfte in Ruinen. Für die Sanierung und Renovierung der Abtei benötige er dringend Geld. Der Finanzierung dieser und anderer Bedürfnisse dienten seine „völlig legalen“ Immobilientransaktionen. Diese seien nur von den Medien verzerrt und aufgebauscht worden. - Die 20 Athos-Klöster verfügten bis ins 20. Jahrhundert über immense Ländereien und Baulichkeiten im damaligen Osmanischen und Russischen Reich. Die neuen Nationalstaaten Südosteuropas begannen mit Enteignungen, als erstes Rumänien, zuletzt Griechenland, um ab 1922 die aus der modernen Türkei vertriebenen Orthodoxen anzusiedeln. Heute besitzt der Athos nur mehr relativ bescheidene Liegenschaften. (*kipa = Katholische Internationale Presseagentur der Schweiz*, 22.9.08)

Inzwischen hat der Immobilienskandal erste bescheidene Folgen: Abt Ephraim will nun sein Amt aufgeben. Über sein Angebot müsse die Mönchsgemeinschaft befinden. Ihm war vorgeworfen worden, seinen Einfluss auf die Regierung bei Immobiliengeschäften ausgenutzt zu haben, bei denen Besitzungen weit über Wert

an die öffentliche Hand verkauft worden waren. Dadurch war dem Staat ein großer finanzieller Schaden entstanden. Der ökumenische Patriarch Bartholomaios I. hatte ihn - nach mehrstündigen Beratungen vor der Synode des Patriarchats - zu diesem Schritt gedrängt – vermutlich um mit diesem Bauernopfer die Forderung nach einer Entschädigung oder strafrechtliche Konsequenzen wegen Untreue bzw. Beihilfe hierzu abzubiegen. (*apic* = Katholische Internationale Presseagentur der französischen Schweiz, 29.11.08)

I (3881) **Athen**. In Griechenland kommen pädophile Priester offenbar nicht in den Genuß einer besonders milden Bestrafung wie in anderen EU-Staaten. Ein griechisch-orthodoxer Pope, der zwei minderjährige Jungen in den 90er Jahren mehrfach vergewaltigt hatte, wurde jedenfalls zu 11 Jahren Haft und einer Geldstrafe von 80.000 Euro verurteilt. (*afp*, 3.12.08)

Irland

I (3882) **Dublin**. Die EU macht Druck auf die irischen Bischöfe. Sie sollen sich hinter den EU-Vertrag von Lissabon stellen. Wenn in der Irischen Republik erneut über den Vertrag abgestimmt wird, dann könnte es dank der Rückendeckung durch die Kirche diesmal für ein Ja reichen - hofft die EU. EU-Parlamentspräsident Pötering war mit diesem Anliegen jetzt zu Gast bei einer Vollversammlung der irischen Bischofskonferenz. Dass die Iren bei einem ersten Referendum gegen den Vertrag von Lissabon gestimmt hatten, führen manche Politiker in Dublin auf mangelnde oder ablehnende Abstimmungs-Empfehlungen der irischen Bischöfe zurück. (*Radio Vatikan*, 26.11.08)

Anm. *MIZ-Red.*: Eine ganz neue Variante: Nicht die Kirche übt Druck auf den Staat aus, sondern umgekehrt. Damit wird beider Verflechtung aber nicht legitimer denn zum einen dient die Trennung von Staat und Kirche auch der Unabhängigkeit der religiösen Institutionen vor staatlicher Repression und zum anderen ist es unter solchen Umständen nur eine Frage der Zeit, bis der Staat das Wohlverhalten der Kirche wieder mit einem neuen Zuckerl belohnt.

Niederlande

I (3883) **Lourdes**. In dem bekannten französischen Wallfahrtsort Lourdes können auch Skeptiker ihr blaues Wunder erleben.

Zahlreiche Bewohner und Mitarbeiter eines psychiatrischen Pflegeheims in den Niederlanden sind mit einer gefährlichen Magengrippe infiziert worden. Die Erreger wurden von einer Gruppe Pilger aus dem französischen Wallfahrtsort Lourdes eingeschleppt. Mindestens vier Personen starben, 91 erkrankten schwer. Fachleute wiesen in diesem Zusammenhang immer wieder darauf hin, dass in Wallfahrtsorten viele meist ältere Menschen auf dichtem Raum zusammenkommen, die oft auch bei schlechter Gesundheit sind. Von daher sei es aus medizinischer Sicht nicht überraschend, dass sich dort Sammelbecken für gefährliche Viren bildeten. (englische Quelle: <http://www.stereodax.com/2008/10/a-divine-case-of-stomach-flu/>)

Weiter wird auf eine 2003 veröffentlichte Studie verwiesen, in der es um einen vergleichbaren Fall ging. Dabei wurden mindestens 450 Personen in Heimen und ähnlichen Einrichtungen nach einer organisierten Lourdes-Reise infiziert (Link zur Studie: <http://www.springerlink.com/content/cj8ej3x1c0wqfx7m/>).

Auch die *Times online* berichtete über die Erkrankungen und erwähnte u.a., dass auch in Frankreich, Italien und Irland Erkrankungen auf Pilgerfahrten nach Lourdes zurückgeführt werden. (Quelle: <http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/ireland/article5213575.ece>)

Österreich

I (3884) **Klagenfurt**. Die Huldigungen beider Kirchen für den tödlich verunglückten rechtsextremen Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider fielen in der ganzen Welt auf und lösten betroffene Reaktionen aus. Schon dass sich Bischof Egon Kapellari im Klagenfurter Dom herbeiließ, persönlich eine Predigt zu halten und ein Requiem zu zelebrieren, löste Erinnerungen an die Unterwürfigkeit des österreichischen Episkopats gegenüber einem anderen Rechtsextremisten vor 70 Jahren aus. " Sein Maß war kein Mittelmaß. Er war ein Mann mit einem Kämpferherz. Als solcher hat er viele Auseinandersetzungen geführt, er hat auch verletzt und wurde selbst verletzt", sagte Kapellari wörtlich, der als langjähriger Bischof auf Bitte von Claudia Haider, der Witwe des Politikers, die Predigt beim Requiem übernommen hatte. Jörg Haider sei ein " Brennender" und über sein jeweiliges Lebensalter hinaus immer ein " mit einer jugendlichen Dynamik ausgestatteter Mensch" gewesen, so Kapellari. (*kathpress*, 18.10.08)

Ähnliche Töne kamen auch vom evangelischen Landesbischof, was allerdings zu ungeahnten Konsequenzen führte: Seine Vorgängerin Gertraud Knoll trat aus der evangelischen Kirche Österreichs aus. (*Publik Forum*, 21.11.08)

Den Vogel schoss allerdings jenes kirchentreue Internetportal ab, das einst schon den legendären Bischof Krenn unterstützt hatte, einen engen Freund Haiders: "Kreuz.net trauert um den bei einem feigen, tödlichen Anschlag ums Leben gekommenen Österreichischen Erneuerungs-Politiker Jörg Haider (BZÖ). Lasst uns zum Zeichen unserer Betroffenheit am Mittwoch, den 15.10.08 um Punkt 12.00 Uhr fünf gemeinsame Schweigeminuten für den Verstorbenen einlegen. Bitte sehen sie in dieser Zeit auch von schriftlichen Beiträgen auf Kreuz.net ab. Möge sein Tod uns Mahnung sein, dass die antichristliche Gefahr immer und überall lauert, und möge sein Tod uns Ansporn sein, unnötige Differenzen zu überwinden und festen christlichen Schulterschluss zu finden in dieser schweren Zeit." (kreuz.net, 13.10.08)

I (3885) **Wien**. Die Jesuiten in Österreich stellen sich erstmals kritisch zu dem Antisemiten Pater Heinrich Abel (1843-1926). Am Denkmal Abels in der Augustinerkirche wurde eine Zusatztafel enthüllt, die auf den Antisemitismus des Jesuiten Bezug nimmt und diesen verurteilt. Der charismatische Wiener Jesuitenpater Heinrich Abel organisierte seit 1893 von Wien aus Männerwallfahrten nach Mariazell, die das Wallfahrtswesen im steirischen Marienheiligtum ankurbelten. Er galt als talentierter Redner, zugleich aber auch als lautstarker Antisemit, dem auch erheblicher Einfluss auf Adolf Hitler zugeschrieben wird. Die Inschrift der neuen Tafel an der Augustinerkirche lautet u.a. : "Der Einsatz von P. Heinrich Abel SJ für die Menschen hat seine Zeitgenossen dazu bewogen, ihm dieses Denkmal zu errichten. Seine Äußerungen über die Juden aber waren oft verständnislos, abwertend oder verachtend. Wir bedauern P. Abels antijüdische Äußerungen und bitten Gott und die Juden um Vergebung". (*kathpress*, 2.12.08)

Spanien

I (3886) **Valladolid**. Zum ersten Mal hat in Spanien ein Gericht die Entfernung eines Kreuzes aus einer Schulklasse angeordnet. Der Richter im nordspanischen Valladolid folgte mit seinem Urteil der Klage eines Elternpaares und einer lokalen Vereinigung für die Verteidigung der laizistischen Schule. Dabei beruft der Richter sich auf die spanische Verfassung, die den "laizistischen und neutralen" Charakter des Staates festschreibt.

Spaniens Primas, Kardinal Antonio Canizares, fiel dazu nichts Besseres ein als:

"Unsere Gesellschaft ist krank - sehr krank. Wir können nicht länger die Augen verschließen. So vieles geschieht in diesen Wochen: Das Parlament verweigert eine Ehrung für eine katholische Ordensfrau, in Valladolid werden Kreuze zum Verschwinden gebracht, und vieles mehr... Daran zeigt sich eine Christophobie - letztlich ist das Selbsthass."

Auch der Vatikan hat auf das Urteil eines spanischen Gerichtes, das Kreuzzeichen aus einer staatlichen Schule in Valladolid zu entfernen, mit Empörung reagiert, obwohl dies eine interne Angelegenheit des jeweiligen Landes ist. Diese Entscheidung belege den Verlust des Respekts für jene christlichen Traditionen und Werte, die einst das Fundament für Europa gelegt hätten, schreibt die Vatikanzeitung "L'Osservatore Romano". Weiter bezeuge das Urteil eine "Christophobie" in Spanien, die beispielhaft für Europa stehe. Es scheine, als ob man in Europa die Religion immer mehr ins Private zurückdrängen wolle, so eine vatikanische Note. (apic, 23.11.08; Radio Vatikan, 24.11.08; Osservatore Romano, 25.11.08)

Vatikan

I (3887) **Vatikanstadt**. Erzbischof Gianfranco Ravasi vom Päpstlichen Kulturrat lieferte ein eindrucksvolles Beispiel für die besondere Humanität der katholischen Kirche im Mittelalter und der frühen Neuzeit. Er wies darauf hin, dass Galileo Galilei vom Vatikan "nie verurteilt worden" ist. Zwar habe ein kirchliches Gericht die Thesen des italienischen Physikers über die Funktionsweise des Weltalls eingehend untersucht und eine schriftliche Verurteilung vorbereitet. Doch sei diese vom damaligen Papst Urban VIII., einem Wissenschaftler, "nie unterzeichnet worden". Der Vatikan will nach Angaben Ravasis Galileis Prozessakten bald "umfassend veröffentlichen, begleitet von einer eingehenden, kontextuellen Analyse". Der Päpstliche Kulturrat richtet derzeit einen Kongress zum Thema Galileo Galilei aus. Dabei geht es vor allem um die Wechselwirkungen zwischen Theologie und Naturwissenschaften. In seinem Referat betont Erzbischof Ravasi, beide Bereiche seien "zwar getrennt, aber nicht einander entgegengesetzt". Was in der geschichtsklitternden "kontextuellen Analyse" mit Sicherheit fehlen wird: Galilei musste auch nicht verurteilt werden, denn er widerrief, nachdem man ihm die Folterwerkzeuge gezeigt hatte. Damit war erreicht, was der Vatikan unter einer "gütlichen Einigung" versteht. (Osservatore Romano, 26.11.08)

Amerika

Vereinigte Staaten

I (3888) **Nebraska**. Ein Gericht im Bundesstaat Nebraska hat eine Klage gegen Gott abgewiesen. Zur Begründung meinte der Richter, die Anklageschrift könne dem Beschuldigten nicht zugestellt werden, weil er keine Postadresse habe. Ein früherer Senator hatte die Klage letztes Jahr eingereicht und argumentiert, wenn Gott allwissend sei, dann wisse er auch von der Anklageschrift. Er warf Gott in dem Text vor, Angst und Zerstörung zu verbreiten. Ob er nun eingesehen hat, dass er sich vielleicht eher mit den Anhängern als mit diesem imaginären Wesen auseinandersetzen sollte, ist bisher nicht bekannt. (*BBC*, 17.10.08)

I (3889) **Washington**. Der designierte US-Präsident Barack Obama plant, die Rechte Homosexueller in den Vereinigten Staaten zu erweitern. Das hat Obamas Regierungsstab jetzt auf seiner offiziellen Internetseite bekannt gegeben. So will Obama künftig gleichgeschlechtliche Paare rechtlich mit verheirateten heterosexuellen Paaren gleichstellen und sich auch um vereinfachte Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare bemühen. Dadurch wolle Obama das Grundrecht auf Gleichberechtigung allen Bürgern zusichern, so die Website. Auch sollten Gewalttätigkeiten gegen Homosexuelle härter bestraft werden. Weiter hat Obama Ellen Moran zur Leiterin der Kommunikationsabteilung im Weißen Haus ernannt. Damit habe er eine starke Befürworterin der Legalisierung von Abtreibungen zur Stabschefin berufen, urteilte die katholische Nachrichtenagentur CNA. (*Catholic News Agency*, 24.11.08)

I (3890) **Cambridge/Massachusetts**. Der Vatikan hat das Lehrverbot für den US-Theologen und Jesuiten Roger Haight noch erweitert. Dem 72-Jährigen werden jetzt auch neue Publikationen untersagt, und das Lehrverbot gilt jetzt auch für nichtkatholische Bildungseinrichtungen wie das protestantische New Yorker "Union Theological Seminary". Dort lehrt Haight seit seiner Ruhestandsversetzung an der "Weston Jesuit School of Theology" in Cambridge/Massachusetts im Jahr 2005. Anlass der theologischen Auseinandersetzung sind Kernaussagen in Hights Buch von 1999 über Jesus. Darin geht es um die Göttlichkeit und die Auferstehung Jesu, die Dreifaltigkeit und die Frage des Heils für Nicht-Christen. Das Werk, das im Jahr 2000 einen Preis der "Catholic Press Association" erhielt, beinhaltet nach Auffassung der Glaubenskongregation schwere lehrmäßige Irrtümer. Bereits im Dezember 2004 hatte die damals noch von Kardinal Joseph Ratzinger geleitete Behörde Haight nach fünfjährigen Untersuchungen die Lehrerlaubnis für katholische Theologie bis zur Korrektur der beanstandeten Thesen entzogen. Dies ist bereits die zweite offizielle Lehrbeanstandung in Ratzingers Amtszeit als Papst. Im März 2007 hatte die römische Behörde einen weiteren Jesuiten, den spanischen Befreiungstheologen Jon Sobrino, gemäßregelt. (*KNA*, 2.12.08)

Asien

Iran

I (3891) **Teheran**. Im Iran soll eine Frau als Strafe für Ehebruch und Mord gesteinigt werden. Der Oberste Gerichtshof der Islamischen Republik Irans hat am 27. November die Todesstrafe durch Steinigung bestätigt.

Die junge Frau wartet nun in einem Gefängnis in Shiraz auf ihre Hinrichtung. Gegen die Iranerin wurde das Todesurteil zwei Mal ausgesprochen: einmal wegen Ehebruchs und einmal wegen Mordes. Mit Hilfe eines Mannes, mit dem sie angeblich eine Affäre hatte, soll sie ihren Ehemann getötet haben. Der Liebhaber wurde wegen der unehelichen Beziehung "nun" zu 100 Peitschenhieben und wegen der Beteiligung an einem Mord zu 15 Jahren Haft verurteilt. Im Jahr 2002 hatte der Iran ein Moratorium für Steinigungen ausgerufen, sich aber nicht daran gehalten. Iranische Bürgerrechtler hatten erst im Juli am Beispiel von 8 Frauen und einem Mann, die in den letzten Jahren zum Tode durch Steinigung verurteilt worden waren, die Islamische Republik gemahnt, diese Hinrichtungen zu stoppen. Derzeit sollen 11 Menschen von Steinigung bedroht sein. Diese Form der Todesstrafe ist besonders qualvoll. Männer werden bis zur Hüfte und Frauen bis unter die Brust eingegraben. Dann werden sie vor den Augen von Richtern, Zeugen und Schaulustigen so lange mit Steinen beworfen, bis sie sterben. Die Steine dürften nicht zu groß und nicht zu klein sein, weil der Tod langsam und qualvoll eintreten soll. (*idea*, 4.12.08)

Philippinen

I (3892) **Manila**. Die Kirche reagiert auf einen Gesetzentwurf der Regierung, der das Bevölkerungswachstum über die Verordnung künstlicher Verhütungsmittel eindämmen will, mit einem Gegenentwurf, der solche Art von Verhütung verurteilt. Ihren alternativen Gesetzentwurf sehen die Bischöfe nicht als kirchliches Dokument, sondern als politische Hilfsmaßnahme. Ein großer Teil der Regierungsabgeordneten teile die Ansicht, dass das Vorhaben des Kongresses gegen das Recht der Menschen verstoße, ihr Leben nach ihrer religiösen Grundüberzeugung zu führen. 85 Prozent der 90 Millionen Philippinen sind katholischen Glaubens. (*reuters*, 20.11.08)